

Offener Brief an die Gewerkschaft ver.di wegen der Beteiligung an der  
**Petition „Stoppt die Gülle-Verschmutzung – Schützt unser Wasser!“**  
des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW)

Die Initiative „Stoppt die Gülleverschmutzung – Schützt unser Wasser!“ ist eine Initiative des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft gemeinsam mit 10 Institutionen:

- 1) Aktion Agrar (Ziel: „Aktion Agrar bringt mit kreativen Kampagnen Bewegung in die Agrarwende. Wir streiten für die Zukunft einer bäuerlichen Landwirtschaft, die ökologischer, sozialverträglich und tiergerechter arbeitet.“ Der Verein „Aktion Agrar – Landwende jetzt e.V.“ hat seinen Sitz in der Artilleriestr. 6 in 27283 Verden/Aller, “ -gleiche Anschrift wie der "Keine Gülle ins Trinkwasser-Glas“- Mietcampaigner Campact e.V., – Roland Tichy: „Protest von Campact ist so mobil zu haben wie Dixi-Klos“);
- 2) Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND setzt sich für den ökologischen Landbau und artgerechte Tierhaltung ein – was immer eine Auslegungssache ist. Ist mit der Windrad-Stromerzeugung verknüpft.);
- 3) Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft („repräsentieren rund 90 Prozent des Stromabsatzes, gut 60 Prozent des Nah- und Fernwärmeabsatzes, 90 Prozent des Erdgasabsatzes sowie 80 Prozent der Trinkwasser-Förderung und rund ein Drittel der Abwasser-Entsorgung in Deutschland“ – fordert die Agrarwende, setzt auch leise den Strom von Kern- und Kohlekraftwerke ab. Mitglieder sind auch im noch prestigeträchtigeren Biogas- und Windmüllerstromgeschäft aktiv;
- 4) Deutsche Umwelthilfe (die einen Aktivisten verlangen illusionäre Vorschriften, die zweiten, die in der EU-Kommission installierten, einem merkwürdigen Exekutive / Legislative-Zwitterwesen, zaubern sie in Gesetze und die „Abmahnvereine“ als dritte im Bunde machen ihre Klage-Geschäfte auf dem Rücken der Arbeitsplätze der Industriearbeiterschaft, wenn diese technisch oft unerfüllbaren Wünsche nicht erfüllt werden können. Lässt auch gern zu, dass seine Phantasie-Toten „vorzeitige Todesfälle“ – absurde Konstrukte von „verkürzter Lebenszeit“ durch Schadwirkungen - von den geneigten Mitcampaignern in den Medien als echte Sterbensursachen wegen des jeweiligen Hassobjektes (z.B. Autos) dargestellt werden. Verkauft die Luft der ausgewählt staubigsten Ecken in den Städten als repräsentativ für eine Stadt, klagt auf dieser EU-bestellten Betrugs-Basis);
- 5) Deutscher Naturschutzring („Dachverband der Deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen“);
- 6) Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches;
- 7) Germanwatch (Experte im Schönrechnen nach Wunschvorstellungen);
- 8) Greenpeace (Mit Energiebranche verknüpft, aber der Druck wird größer, sich zu positionieren, Juli 2011: „Greenpeace Energy sieht die Gefahr, dass sich zumindest unter den heutigen Marktgegebenheiten eine Ausweitung der Biogasproduktion mit einer Umstellung auf eine ökologische Landwirtschaft und einer hohen Qualität im Naturschutz nur schwer vereinbaren lässt.“);
- 9) GRÜNE LIGA („Ökologie heißt für die GRÜNE LIGA auch, sich mit Wirtschafts- und Finanzstrukturen auseinanderzusetzen und Alternativen zu leben, heißt auch, soziale Fragen zu thematisieren und sich für den Frieden zu engagieren.“ – So Armut lösen?);
- 10) Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft.

Bezug:

<https://frankfurt-am-main.verdi.de/themen/nachrichten/++co++45ae9962-5676-11e7-ba0c-525400940f89> oder  
[https://ver-und-entsorgung.verdi.de/branchen/wasserwirtschaft\\_1/++co++be77e38a-504a-11e7-9a53-525400940f89](https://ver-und-entsorgung.verdi.de/branchen/wasserwirtschaft_1/++co++be77e38a-504a-11e7-9a53-525400940f89)



Georg Keckl, Salzburger Str. 21a 30519 Hannover

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit wann ist es das Ziel der Gewerkschaften, die Lebenshaltungskosten der einfachen Leute auf Grundlage falscher Informationen eines Lobbyverbandes stark zu erhöhen? Bei der Gehaltsstruktur Ihrer Mitglieder dürften die ca. 14% ihres Nettoeinkommens für die Ernährung ausgehen. Die „andere Landwirtschaft“, das favorisierte Ziel ihrer Mitstreiter, ist für die eine Bio-Landwirtschaft. Da müssten ihre Arbeitnehmer dann 28% ihres Nettoeinkommens für Ernährung ausgeben, wenn sie nicht auf billigere Nahrungsmittel umsteigen. Auch Biolebensmittel sind bei uns immer noch zu billig, sagt die Mehrzahl der Bio-Erzeuger, darum zahlen sie auch ihre Arbeiter so schlecht und die müssen viel „freiwillige“ Extraarbeit machen (vgl.: <http://www.zeit.de/2016/13/landwirtschaft-oekobauer-mitarbeiter-ausbeute> ). Die Biolebensmittel der meist Besserverdiener werden bei uns sehr hoch extrasubventioniert. Das kann sich der Staat nicht mehr leisten, wenn Biolebensmittel trickreich, vorzugsweise „hintrum“ über immer mehr Vorschriften, zum Standard werden. In dem Fall würden sich Preise nicht verdoppeln sondern

verdreifachen, ihre Mitglieder müßten 42% des Nettoeinkommens für Lebensmittel ausgeben. Dann wären wir wieder in der Zeit, wo die Arbeiter für ihr Essen 20 Stunden/Woche arbeiten müssen. Diese Kosten-Hochrechnung nach Art der Wasser- und Biostromlobby etc.. wird nicht kommen, es würde bei solchen Preisen automatisch eine Lenkung zu billigen Massenertragsprodukten (Kartoffeln, Brot, Reis, Margarine, Magermilch, Kraut und Rüben) einsetzen. Das wäre auch im Sinne der Ökoverbände, eine „fürsorgliche“, transportarme Nahversorgung à la DDR ohne Importe und Davonlaufen. Wer sein Geld für teure Lebensmittel ausgeben muß, hat keines für Autos, Wohnung, Heizung, Hobby, Urlaub etc.. Die Folge wäre eine Wirtschaftskrise, die viele Arbeitnehmer trifft.

Seit wann glaubt eine Gewerkschaft Lobbyisten und ihren PR- Angstkampagnen mehr als dem Staat mit seinen Regeln und seiner wissenschaftsbasierten Fürsorge für alle? Will ver.di, dass der Staat die Regeln von Lobbyisten und einer demokratisch unlegitimierten, krawalligen „Zivilgesellschaft“ übernimmt? Wer unseren Staat und viele hier arbeitende Menschen ständig schlechtredet, der soll alles besser machen können? Ihre Verbündeten schwärmen von „gerechten Preisen“, meint Staatspreise, gelenkte Im- und Exporte, „Einspeisevorränge“ allüberall, kaschierte Finanzierungen (EEG-Umlage), etc. Als Kehrseite hätte so dann auch eine Gewerkschaft nur noch FDGB-Aufgaben.

Bis 2004 haben die Wasserversorger mit den Landwirten erfolgreich die Nitratwerte um fast alle Brunnen gesenkt. Ab ca. 2005 stiegen die Nitratwerte in einigen Trinkwassereinzugsgebieten unter Landwirtschaftsflächen wieder. Warum? Wegen der explosionsartigen Vermehrung von Biogasanlagen mit Maisanbau auch in viehreichen Gebieten mit Sandböden oder flachgründigen Böden, vgl. Grafik Seite 4 in <http://www.keckl.de/texte/Nitrat>. Die Nitratdurchsickerungen in das Grundwasser sind bei gleicher Düngung immer von der Bodenart abhängig. Wurden Biogasanlagen in weniger viehdichten Gebieten und auf Lehmböden errichtet, fördern sie den Nährstoffkreislauf auf dem Acker, da damit weniger Nährstoffe über die Lebensmittel den landwirtschaftlichen Betrieb verlassen, im Kreislauf verbleiben. Wurden mit dem Biogas knappe Tier-Futterfläche in viehdichten Gebieten durch Mais ersetzt, auf Zukauffutter umgestellt, um Flächen für das lukrativere Biogas zu bekommen, ist der Gülle- und Gärresteanfall zu hoch, um in diesem Gebiet zu bleiben. Wurden für die Biogasanlagen viele Flächen im weiten Umkreis zu hohen Preisen gepachtet, kann schon mal an den Transportkosten gespart werden und die hofnahen Flächen werden mehr gedüngt. Die Pachtpreisssteigerungen schmälern alten Betrieben die Fortbestehungschancen, erleichtern das Aufgeben, erhöhen die Kosten für aktive Landwirte, verlagern Einkommen von aktiven Landwirte zu den Verpächtern, - und führen zwangsläufig zu einer intensiveren Nutzung der verbleibenden Flächen, wenn Pachtflächen an Biogasler verloren gehen. Auch kleine, billige, ökowertvolle Restflächen und Grünland werden nun, dank den NGO's, intensiver genutzt, weil oft z.B. Milchbauern nicht mehr an rationeller zu bewirtschaftende Flächen preislich rankommen.

Die massenhafte Vermehrung von Biogasanlagen war der größte Industrialisierungsschub in der Landwirtschaft der letzten 50 Jahre- und wer hat das bewirkt? Die angeblichen Kleinbauernfreunde, die Naturschutzverbände und eine Allkoalition von „Klimaschützern“! Wer vertritt auch die Biogas-Eigner: der BDEW! Warum heißt die Petition nicht „Stoppt die Gülle- und Biogasgärrestever Verschmutzung – Schützt unser Wasser? Gibt es zweierlei Nitrat im Grundwasser, ein gutes von Gärresten und ein schlechtes von der Gülle, „Kunstdüngern“, Kompost, Klärschlämme aus Verbands-Klärwerken? Der OOWV, eines der drei Test-Wasserwerke in der für Deutschland unrepräsentativen „Kostenstudie“, sagt klar, dass die Nitratwerte erst mit dem Biogasboom wieder angestiegen sind. Warum wird die Rolle von Biogas vertuscht, wer betrügt hier die Allgemeinheit und versucht sich einen Heiligenschein auszustellen?

Der wissenschaftliche Beirat Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz schrieb 2007 (man beachte das Jahr, ab 2007 kam die Hauptmasse der Biogasanlagen): „Die bisher im Fokus der Bioenergie-Politik stehenden Bioenergie-Linien (Biokraftstoffe; Biogas auf Maisbasis) weisen relativ hohe CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten in einer Größenordnung von 150 bis weit über 300 €/t CO<sub>2</sub>äq auf. Wenn die deutsche Politik mit Hilfe der Bioenergie Klimaschutzpolitik betreiben möchte, so sollte sie sich auf solche Energielinien konzentrieren, bei denen sich Klimaschutz mit CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten von unter 50 €/t CO<sub>2</sub>äq erreichen lässt“ und „Würde man den gegenwärtigen Bioenergie-Mix auf 30 % der landwirtschaftlichen Fläche Deutschlands ausdehnen, so ließe sich mit der dort erzeugten Energie lediglich 2,3 % des Endenergieverbrauchs Deutschlands decken“, siehe [http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Agrarpolitik/GutachtenWBA.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Agrarpolitik/GutachtenWBA.pdf?__blob=publicationFile) . Trotzdem wurde der Zubau von Biogasanlagen auf Maisbasis erst ab 2011 wirksam gestoppt. Wer zahlt die Zeche? Die Lobbyisten oder die kleinen Leute über ihren monatlichen Stromgeldabschlag, auch an die Lobby?

Auffallend ist, dass das UBA im Kreis der Petenten fehlt. Weiß man nun anscheinend doch, wer das Gehalt zahlt und befördert, was Ämter sind, mit wem und was man sich vordergründig nicht zu gemein macht, nur im Hintergrund? Mehr dazu in <http://www.keckl.de/texte/UBA%20Missionierung%20mittels%20Schmutzkampagne.pdf>

Mit freundlichen Grüßen: Georg Keckl 19.07.2017